

*man tun, damit die DPG in Industrie- und Wirtschaftskreisen stärker wahrgenommen wird?*

Wenn die DPG stärker bekannt werden will, dann muss sie sicherlich zu aktuellen Themen stärker öffentlich Stellung beziehen und sich nicht wie traditionell auf rein wissenschaftliche Themen beschränken. Der derzeitige Präsident setzt da deutliche Akzente. Der 20. Jahrestag des Tschernobyl-Unfalls im nächsten Jahr könnte beispielsweise ein Anlass für die DPG sein, sich zur Kernkraft zu äußern – vorausgesetzt, sie will sich wirklich politisch äußern.

*Was sind Ihre nächsten Ziele?*

Zunächst möchte ich im Vorstand das Bewusstsein dafür stärken, dass die Industrieländer anders aussieht und anders tickt als die Forschungswelt. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um Ideen aus dem AIW in den Vorstand zu transportieren.

## ■ Studiengebühren als Chance

### **Gemeinsame Stellungnahme von DPG und GDCh**

„Studiengebühren zu erheben, ist die Chance für unsere Hochschulen, das Lehrangebot und die Forschungsbedingungen zu verbessern und sich im internationalen Wettbewerb besser zu positionieren.“ Mit dieser Einschätzung der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) und der DPG machen die beiden größten wissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland ihren gemeinsamen Standpunkt in der gegenwärtigen Diskussion um die Einführung von Studiengebühren deutlich. Da die deutschen Hochschulen gegenwärtig krass unterfinanziert seien, könnten nachhaltige Verbesserungen aber nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig der Umfang öffentlicher Förderung erhalten bleibe. Gleichzeitig warnen die beiden Fachgesellschaften vor einer Blockade von Konkurrenz- und Leistungsmerkmalen im Wettbewerb der Hochschulen untereinander durch Einführung staatlich verordneter Einheitsgebühren und bürokratische Einflussnahme bei deren Verwendung.

DPG und GDCh weisen darauf hin, dass die Einführung von Studiengebühren strikt unter dem Aspekt der dringend notwendigen Steigerung der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesehen werden müsse. Dies mache es erforderlich, dass zum einen Deutschland seinen eingeschlagenen Weg zur Erhöhung der Absolventenzahlen in den Natur- und Technikwissenschaften entschlossen weiter fortsetze und dass zum anderen die Leistungsfähigkeit der Hochschulen durch Konkurrenz und die Möglichkeit zur individuellen Profilbildung gesteigert würde.

„Es liegt im Interesse unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft, dass alle, die befähigt und willens sind zu studieren, dies auch tun können. Wir brauchen mehr und besser ausgebildete Fachkräfte, um im internationalen Vergleich leistungsfähiger zu werden“, sagt Henning Hopf, Präsident der GDCh. Es gehe darum, besonders Befähigten – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren finanziellen Möglichkeiten – ein Studium zu ermöglichen und sie (auch finanziell) zu fördern. Studiengebühren sind im Rahmen einer umfassenden Reform sinnvoll, zu der die Einführung von Stipendien, die Kreditvergabe an die Studierenden im Rahmen veränderter Grundsatbedingungen sowie erweiterte Arbeitsmöglichkeiten in Lehre und Forschung an der Hochschule gegen Bezahlung gehören.

„Die deutschen Hochschulen sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Sie sind bezüglich Forschung und Lehre geschwächt. Studiengebühren können dazu beitragen, hier zu Verbesserungen zu kommen, allerdings nur dann, wenn die Einnahmen bei den Hochschulen verbleiben und nicht dazu benutzt werden, Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen“, erklärt DPG-Präsident Knut Urban. Die beiden Fachgesellschaften appellieren an die Politik, die Autonomie der Hochschulen zu stärken. Über die Höhe und die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen sollten die Hochschulen selbständig entscheiden. Eigenverantwortung, Wettbewerb und eigene Profilbildung seien marktwirtschaftliche Elemente, die zum Nutzen der Studierenden und zugunsten einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen nicht durch staatliche Gängelei verdorben werden dürften.